

Main-Taunus-Kreis
Büro der Kreisorgane
Am Kreishaus 1-5
65719 Hofheim am Taunus

Dr. Barbara Grassel
Beate Ullrich-Graf
Thomas Völker
c/o Dr. Barbara Grassel
Brückenstraße 1
65719 Hofheim
kreistag@dielinke-mtk.de

16.05.2022

Anfrage an den Kreisausschuss

Unterbringung von Ukraine-Geflüchteten nach solidarischer privater Aufnahme

Viele Menschen im Main-Taunus-Kreis haben, ausgelöst durch die schockierenden Bilder des Ukraine-Kriegs, privaten Wohnraum als solidarischen Akt kurzfristig zur Verfügung gestellt. Wenigstens ein Teil dieser Unterbringungen kann jedoch nicht von Dauer sein und war auch oftmals von den Anbietenden nicht auf Dauer konzipiert. Diese Menschen stehen nun vor der Herausforderung, dass eine anderweitige Unterbringung sich äußerst schwierig gestaltet: Die Unterbringungsmöglichkeiten der Gemeinden sind ausgeschöpft, der Kreis fühlt sich aus formalen Gründen für die Unterbringung dieser Menschen nicht zuständig, der Wohnungsmarkt bietet im Rhein-Main-Gebiet keine Alternative. Im Ergebnis bedeutet eine Auflösung solcher privaten Übergangs-Unterbringungen deshalb für die Betroffenen den Eintritt von Wohnungslosigkeit, verbunden mit der Notunterbringung durch die Gemeinden in oft wenig geeigneten Räumlichkeiten. Davor schrecken wiederum viele Unterstützerinnen und Unterstützer, die Wohnraum gestellt haben, verständlicherweise zurück. Durch die beiderseitige Zwangslage können sich jedoch Konflikte weiter zuspitzen.

Wir fragen den Kreisausschuss:

1. Welche Kenntnisse liegen dem Kreis und den kreisangehörigen Gemeinden zum Verhältnis von privater und öffentlicher Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine im Main-Taunus-Kreis vor?
2. Wie schätzt der Kreisausschuss die eingangs beschriebene Zwangslage ein?
3. Welche Möglichkeiten gibt es für Personen, die privaten Wohnraum übergangsweise für Geflüchtete bereitgestellt haben, um nun in ein anderes Wohnangebot zu vermitteln?
4. Was passiert im Falle einer Auflösung der privaten Unterbringung ohne ein Anschluss-Mietverhältnis?
5. Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es im Main-Taunus-Kreis zur Konfliktschlichtung bei privaten Unterbringungen? Wie unterstützt der Main-Taunus-Kreis entsprechende Konfliktschlichtungsangebote finanziell und/oder personell?
6. Wie viele Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind und zunächst private Aufnahme fanden, sind mittlerweile in Notunterkünften eingewiesen worden?
7. Wie unterstützt der Main-Taunus-Kreis die Gemeinden bei der Gewinnung von Wohnraum und Unterkünften für Ukraine-Geflüchtete zur Vermeidung solcher Szenarien?

8. Unter welchen Bedingungen wäre es rechtlich möglich, dass der Kreis freie Zimmer in Gemeinschaftsunterkünften an kreisangehörige Gemeinden „untervermietet“, um weitere Kapazitäten für diese zu schaffen?

Dr. Barbara Grassel

Beate Ullrich-Graf

Thomas Völker